

**Haushalts- und Grundsatzrede  
des Bürgermeisters Dr. Karl-Uwe Strothmann  
anlässlich der Einbringung des Entwurfes des Haushaltsplanes  
für das Jahr 2006  
in der Sitzung des Rates am 15. Dezember 2005**

## **Einführung**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bei der Einbringung des Etatentwurfes 2005 am 1. Februar habe ich gesagt, dass ich mir als neu gewählter Bürgermeister dieser Stadt wünsche, dass wir in der vor uns liegenden Kommunalwahlperiode - trotz gelegentlich unterschiedlicher Auffassungen und Meinungen - fraktionsübergreifend sachlich und fair zum Wohle unserer Stadt zusammenarbeiten.

Nach meinem Eindruck ist dies bisher gut gelungen. Dafür danke ich Ihnen allen ganz herzlich.

Angesichts der vielfältigen und großen Herausforderungen, die vor uns liegen, hoffe und wünsche ich, dass wir auch künftig gemeinsam vertrauensvoll und engagiert dafür arbeiten, dass es in Beckum aufwärts geht.

Heute bringe ich gemeinsam mit dem stellv. Stadtkämmerer, Herrn Klaes, den **Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2006** ein. Nur mit allergrößter Anstrengung und mit viel Kreativität auf den verschiedenen Verwaltungsebenen ist es wieder **gelingen**, den **Haushalt** in der Einnahme und Ausgabe **auszugleichen**.

Der **Verwaltungshaushalt 2006** ist mit einem Volumen von **70.587.600 Euro** in Einnahme und Ausgabe berechnet.

Der **Vermögenshaushalt** ist in Einnahme und Ausgabe gleich lautend mit **18.047.150 Euro** festgesetzt.

Trotz des formal ausgeglichenen Haushaltsentwurfes befinden wir uns finanziell weiterhin in einer außerordentlich ernsten Lage. Hierauf habe ich im Zusammenhang mit dem notwendigen Erlass einer haushaltswirtschaftlichen Sperre im September 2005 und im Rahmen des letzten Gesamtbudgetberichtes im Vormonat bereits deutlich hingewiesen.

Die Ursachen für die Finanzmisere sind inzwischen hinlänglich bekannt:

Bund und Land haben den Kommunen seit Jahren immer wieder neue Aufgaben aufgebürdet, ohne ihnen dafür die Kosten zu erstatten. Die Folge dieser fatalen Entwicklung ist, dass die Gemeinden angesichts ihrer gesetzlichen Aufgaben-

fülle inzwischen chronisch unterfinanziert sind. So kommen auch wir inzwischen nicht mehr mit den Einnahmen aus und sind deshalb trotz sparsamer und zum Teil rigider Haushaltsführung gezwungen, Vermögen für den gesetzlich gebotenen Ausgleich des Verwaltungshaushaltes einzusetzen.

Nur durch eine **Zuführung vom Vermögenshaushalt** in Höhe von **3,437 Mio. Euro** konnte der Ausgleich im Verwaltungshaushalt herbeigeführt werden. Diese Zuführung enthält Einnahmen aus der Veränderung des Anlagevermögens - im Wesentlichen sind dies Grundstückserlöse - und wird u. a. deshalb erforderlich, um die Mehrausgaben für Leistungen für Unterkunft und Heizung (Hartz IV - hierauf werde ich nachfolgend noch besonders eingehen) mit rd. 592.000 Euro und die höhere Kreisumlage auf Grund geänderter Umlagegrundlagen von rd. 340.000 Euro auszugleichen.

Leider wird sich mit dieser Verfahrensweise der Prozess der finanziellen Auszehrung auch in 2006 fortsetzen. Fast schon vergessen ist, dass dieses Finanzgebaren (Leben von der kommunalen Vermögenssubstanz) haushaltsrechtlich nur ausnahmsweise zulässig ist und auf Dauer weder quantitativ noch qualitativ verkraftbar ist. Ein Ausweg aus dem finanzpolitischen Elend ist aber zz. noch nicht erkennbar.

Die Notwendigkeit einer durchgreifenden kommunalen Finanzreform, die die finanziellen Erfordernisse der Kommunen angemessen berücksichtigt und ihnen eine solide und verlässliche Einnahmebasis verschafft, ist inzwischen zwar unbestritten, getan hat sich bislang mit Ausnahme der Reduzierung der Gewerbesteuerumlage von ca. 30 % auf rd. 18 % des Aufkommens noch nichts. Die im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD enthaltenen Ausführungen zu den Kommunal финанzen stellen nach Mitteilung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes eine akzeptable Diskussionsgrundlage dar und lassen zumindest für die Zukunft hoffen.

Und nun zu einigen **wesentlichen Daten und Fakten des Etatentwurfs 2006:**

### **Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG)**

Noch im Dezember 2005, möglicherweise aber auch erst im Januar 2006, soll der Kabinettsbeschluss zum Landshaushalt/GFG 2006 dem Landtag zugeleitet werden. Vor Mai 2006 wird keine abschließende Beschlussfassung erwartet. Die Zahlungen nach dem GFG werden deshalb zunächst nur als Abschlagszahlungen unter Berücksichtigung der Grunddaten des Jahres 2005 erfolgen. Sobald das GFG dann verabschiedet sein wird, wird es Verrechnungen mit den erfolgten Abschlägen geben. Angesichts dieser bislang noch ungesicherten Datenlage besteht für uns die Schwierigkeit, verlässliche GFG-Zahlen in den Etatentwurf einzustellen. Insofern sind die GFG-relevanten Ansätze, wie z.B. die Schlüssel-

zuweisungen und die im Vermögenshaushalt veranschlagten Pauschalzuweisungen für Investitionen im Schul- und Sportbereich (Schulpauschale, Sportpauschale) nur geschätzte Zahlen, die sich an den Ansätzen des Jahres 2005 orientieren. Sobald eine erste Proberechnung vorliegt, werden die Zahlen aktualisiert und über die Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt.

Im Haushaltsplanentwurf 2006 sind **Schlüsselzuweisungen** daher zunächst in Höhe von **7,3 Mio. Euro** veranschlagt worden; dies sind gegenüber dem Vorjahresansatz rund **350.000 Euro** weniger. Zurückzuführen ist dies darauf, dass in der so genannten Referenzperiode die Steuerkraft der Stadt Beckum gegenüber der Steuerkraft im Landesdurchschnitt gestiegen ist. Insofern muss für 2006 mit geringeren Schlüsselzuweisungen gerechnet werden.

Der **Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer** wurde mit **10.014.600 Euro** und damit in gleicher Höhe wie im Haushaltsjahr 2005 veranschlagt.

### **Finanzielle Auswirkungen von Hartz IV**

Zum 01.01.2005 ist bekanntlich das **Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt**, besser als Hartz IV bekannt, in Kraft getreten.

Seit dem 01.01.2005 entstehen dem Kreis Warendorf im Rahmen seiner Zuständigkeit nach dem SGB II für die Gewährung der **Kosten für Unterkunft und Heizung und der einmaligen Beihilfen** erhebliche Ausgaben, die nach den tatsächlich entstandenen Aufwendungen auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den kreisangehörigen Kommunen spitz abgerechnet werden.

Leider hat sich die Hartz IV-Reform inzwischen auch für die Stadt Beckum als erheblich kostspieliger erwiesen als zunächst kalkuliert war. So wird die Stadt im Haushaltsjahr 2005 wegen der deutlich höheren Anzahl der Bedarfsgemeinschaften rd. 592.000 € mehr ausgeben müssen, und zwar trotz des wahrscheinlichen Verzichts des Kreises auf die für November und Dezember 2005 zu erstattenden Aufwendungen.

Im **Etatentwurf** sind für **Leistungen für Unterkunft und Heizung** nunmehr **rd. 2,33 Mio. Euro** veranschlagt worden, wobei bereits von der optimistischen Annahme ausgegangen wird, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften durch ein Maßnahmenpaket der Kommunen kreisweit um rund 10 Prozent gesenkt werden kann.

Nach dem derzeit geltenden Recht haben die Kommunen in 2005 Anspruch auf einen Kostenzuschuss des Bundes von rd. 29,1 % oder insgesamt rd. 3 Milli-

arden Euro. Für 2006 ist dagegen bisher noch gar kein Kostenanteil festgelegt. Die Bundesregierung geht davon aus, dass auf Dauer ein deutlich niedrigerer Satz als 29,1 % erforderlich sein wird. Nach Berechnung der Kommunen müssten Städte und Kreise dagegen eigentlich einen Bundeszuschuss in Höhe von rd. 34,4 % erhalten.

Die Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Kommunen über die finanzielle Lastenverteilung der Hartz IV-Reform sind Anfang Dezember 2005 zunächst gescheitert. Inzwischen hat Bundesarbeitsminister Franz Müntefering die Absicht bekundet, die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose im Jahr 2005 und im Jahr 2006 auf 29,1 Prozent festzuschreiben. Eine endgültige Entscheidung über die zukünftige Zuschussgewährung bleibt abzuwarten.

Wie ich bereits am 27.10.2005 im Rat ausführlich berichtet habe, ist vorgesehen, die **Arbeitsgemeinschaft**, die zurzeit Verwaltungsräumlichkeiten an der Elisabethstraße nutzt, zentral im **THS-Gebäude** an der Alleestraße in Beckum unterzubringen. Hierzu sind verschiedene Umbau- und Investitionsmaßnahmen erforderlich. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind durch Ratsbeschluss am 24.11.2005 bereitgestellt worden. Es ist nunmehr geplant, die Maßnahmen zeitlich so zügig abzuwickeln, dass der Umzug der **ARGE** spätestens **zum 01.06.2006** abgeschlossen ist.

Bei der **Stadtteilentwicklung** sind wir im vergangenen Jahr gut vorangekommen. Vor dem Hintergrund des Umzuges der ARGE in das THS-Gebäude konnte eine Revitalisierung des Rathauses in Neubeckum verwirklicht werden. Inzwischen sind die Bediensteten des städtischen Amtes für Gebäudewirtschaft in das Rathaus Neubeckum eingezogen. Damit ist die Verwaltung im Stadtteil Neubeckum wieder verstärkt präsent.

Eines meiner besonderen Anliegen ist der zügige **Umbau der Sparkasse** am Markt in Neubeckum. Ich rechne mit dem Beginn der Umbauarbeiten im Frühjahr, und nach aktueller Planung soll diese wichtige Baumaßnahme im Herzen des Stadtteils Neubeckums bis zum Herbst 2006 abgeschlossen sein. Anschließend könnten wir an die attraktive Neugestaltung des Rathausvorplatzes gehen, um diesen zentralen Ort in Neubeckum auch optisch deutlich aufzuwerten. Hierfür sind im Etatentwurf für 2006 und in 2007 Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt **230.000 Euro** veranschlagt worden. (130 / 100)

Nach der erfolgreichen Überwindung von Leerständen in Verkaufs- und Geschäftsräumen in der Beckumer Innenstadt werden wir uns nunmehr verstärkt um die Umsetzung des Konzeptes für ein **Leerstandsmanagement in Neubeckum** bemühen. Damit soll für die Zukunft gewährleistet werden, dass

Neubeckum ebenfalls ein attraktiver Geschäfts- und Einkaufsstandort bleibt bzw. wieder wird.

Die **Sanierung des Harbergstadions** ist 2005 unter erheblicher finanzieller Beteiligung der Förderinitiative des SV Neubeckum erfolgreich abgeschlossen worden. Damit verfügt auch der Stadtteil Neubeckum über attraktive wett-kampfgerechte Sportanlagen.

Nach Abschluss der Freibadsaison 2005 ist die umfassende **Sanierung des Umkleide- und Sanitärtraktes im Freibad Neubeckum** in Angriff genommen worden. Diese Investitionsmaßnahme mit einem Finanzierungsvolumen von immerhin rd. 400.000 € soll rechtzeitig zum Beginn der kommenden Freibadsaison abgeschlossen sein, so dass sich ab Frühjahr 2006 das Freibad Neubeckum der Öffentlichkeit in einem hervorragenden Zustand präsentieren wird.

Der **Kindergarten St. Michael** in Roland ist in der ersten Jahreshälfte 2005 fertig gestellt worden und damit ein langgehegter Wunsch vieler Roländer Eltern in Erfüllung gegangen. In Vellern wurde die versprochene Erneuerung der Fenster in der Grundschule realisiert. In 2006 sollen nunmehr die Fenster der Bodelschwingschule in Neubeckum folgen.

Für Beckum ist es uns gelungen, an der **Grevenbrede** auf der verbleibenden Restfläche zwischen dem Hellwegmarkt und dem Kaufland diesjährig Verträge für die Ansiedlung eines attraktiven Möbelhauses mit ergänzenden Fachmärkten (Elektronikmarkt, Tiernahrungsfachmarkt, Getränkemarkt und Bettenlager) abzuschließen. Das sichert und schafft Arbeitsplätze und erhöht die Kaufkraft in Beckum. Voraussichtlich wird das Möbelhaus schon im Herbst 2006 seine Pforten öffnen.

Am Osttorknoten kann man zusehen, wie das von uns dort vorgesehene Alterspflegeheim täglich wächst. Neben der Verbesserung der Pflegesituation in Beckum können wir dort zugleich einen wesentlichen städtebaulichen Akzent setzen.

Die Entwicklung des westlichen Bereichs liegt uns nach wie vor am Herzen. Wir hoffen, hier kurzfristig zu einem Ergebnis zu gelangen. Eng damit zusammen hängt unser Wunsch, an der Elisabethstraße neue Parkmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Auch hier erhoffen wir uns in 2006 ein Ergebnis.

**Im Beckumer Süden** beginnen wir in 2006 mit der Erschließung und Vermarktung neuer Wohnbauflächen zwischen der vorhandenen Bebauung und der Pflaumenallee. Speziell für dieses Bebauungsplangebiet gibt es eine erfreulich rege Nachfrage. Im Jahre 2006 soll zunächst die Entwässerung des neuen Gebietes hergestellt werden. Im Anschluss daran soll entsprechend der Nachfrage vom

Osten her nach und nach erschlossen werden, um nicht zu sehr in Vorleistungen treten zu müssen.

Parallel hierzu werden weitere Wohnbauflächen im Baugebiet 57 A - Sachsenstraße - entwickelt. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel sind in den Planentwurf aufgenommen worden.

Damit bieten wir in Beckum auf viele Jahre hinaus Bauwilligen und ihren Familien attraktive Wohnbauflächen.

Einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit in 2006 möchten wir in der zügigen Entwicklung des neuen Gewerbegebietes unterhalb des „Tuttenbrocksees“ setzen. Die hier vorhandenen etwa 95 ha sollen schnellstmöglich beplant und erschlossen werden, um an dieser exponierten Stelle ansiedlungswilligen Unternehmen hochattraktive Gewerbeflächen zur Verfügung stellen zu können.

Parallel wollen wir untersuchen, inwieweit wir den Bereich „Freizeit“ und „Tourismus“ noch besser als bisher für Beckum nutzbar machen können.

Auch in diesem Jahr haben wir uns bei der Aufstellung des Etatentwurfes an dem Ziel ausgerichtet, den **gesetzlich gebotenen Haushaltsausgleich** zu erreichen, um damit ein Haushaltssicherungskonzept mit vielfältigen nachteiligen Auswirkungen für unsere Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden. Außerdem sichert uns der Haushaltsausgleich in finanziell schwierigster Zeit ein Mindestmaß an politischer Entscheidungsfreiheit.

Angesichts dieses Zieles ist es auch für 2006 unvermeidbar, verschiedene finanzpolitische Maßnahmen zu ergreifen:

- Weiterhin Deckelung - aber immerhin keine Kürzung - bei den freiwilligen Leistungen auf Vorjahresniveau
- Veranschlagung von Investitionen auf einem Niveau des unerlässlich Notwendigen
- Eindämmung und weitgehende Deckelung der Personalausgaben
- Finanzierung des Verwaltungshaushaltes durch Einnahmen aus der Veränderung des Anlagevermögens in Höhe von 3,43 Mio. Euro
- Weitgehende Deckelung der Sachausgaben.

Trotz der akuten Finanzmisere möchte ich auch für den Etat 2006 einige wichtige Kernaussagen treffen, die meiner Ansicht nach in ihrer Wirkung und Bedeutung nicht zu unterschätzen sind:

Auch in 2006 ist **keine Erhöhung der Realsteuerhebesätze** (Grundsteuer A und Grundsteuer B, Gewerbesteuer) vorgesehen. Wir reagieren damit auch auf die steigende Abgabenbelastung und die z. T. abnehmende finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Die **Gewerbesteuereinnahmen** im Haushaltsjahr 2005 haben sich bislang günstiger entwickelt als wir bei der Etataufstellung angenommen haben. Der **Haushaltsansatz 2005** ist mit **10,87 Mio. Euro** gebildet worden; voraussichtlich werden wir bis zum Jahresabschluss rd. **1,2 Mio. Euro** mehr einnehmen. Dies ist angesichts der verschiedenen im Haushaltsjahr 2005 eingetretenen Verschlechterungen ein hoch willkommener Verbesserungsbeitrag. Allerdings führt die Mehreinnahme auch zu einer **erhöhten Gewerbesteuerumlage**, so dass netto etwa nur rd. **800.000 Euro** mehr im **städtischen Haushaltssäckel** verbleiben werden.

Trotz dieser Mehreinnahme ist in Folge anderweitig eingetretener Verschlechterungen mit einem Fehlbetrag am Jahresende 2005 zu rechnen, dessen Höhe bis zu den Etatberatungen im Februar 2006 im Haupt- und Finanzausschuss bezifferbar sein wird.

Eine grundsätzlich denkbare und rechtlich mögliche Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes wäre m. E. nach kontraproduktiv und würde die Wirtschaftskraft des Unternehmensstandortes Beckum schwächen und wäre zudem angesichts der vielfach noch immer schwierigen Ertragslage der Unternehmen das falsche Signal zur falschen Zeit. Wir sollten stattdessen mit einer Steuerpolitik mit Augenmaß auf die konsequente Pflege unserer klein- und mittelständischen Unternehmen setzen und damit ein wirtschaftsfreundliches Klima schaffen. Dies steigert aller Erfahrung nach die Wirtschaftskraft der Unternehmen, sorgt für nachhaltige Beschäftigung und häufig bald auch für höhere Steuereinnahmen, die wir so dringend benötigen.

Auch diesjährig wurden die **Gebührenhaushalte** überprüft, um festzustellen, ob Gebührenanpassungen erforderlich sind. Der Haupt- und Finanzausschuss hat am Dienstag (13.12.2005) die Gebührenkalkulation beraten und Beschlussempfehlungen an den Rat ausgesprochen. Da wir uns bei der Behandlung der anschließenden Tagesordnungspunkte hiermit noch gesondert befassen werden, möchte ich mich an dieser Stelle lediglich auf die Aussage beschränken, dass die Straßenreinigungsgebühren einschl. der Winterwartung, Abfallgebühren und die Bestattungsgebühren gesenkt werden können; dagegen die Abwasserbeseitigungsgebühr angehoben werden muss.

## Und jetzt weiter zum Haushalt 2006

- **Es gibt keine Netto-Neuverschuldung**

In dem jetzt vorgelegten Planentwurf ist sogar eine Entschuldung von etwa 90.000 Euro vorgesehen. Damit leisten wir einen Beitrag zur Entlastung auch nachfolgender Generationen.

- **Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen** sind, wie ich zuvor bereits an anderer Stelle kurz ausgeführt habe, **nicht** vorgesehen. Dies schafft Vertrauen zu unseren engagierten Verbänden, Vereinen und Organisationen und gibt ihnen für die nächste Zeit ein gutes Stück Planungssicherheit zur Erfüllung ihrer sozial und gesellschaftspolitisch wichtigen Aufgaben.

Meine Damen und Herren,

die finanzielle Situation der Stadt ist besorgniserregend und wird sich kurzfristig und schon gar nicht ohne unsere aktive Mitwirkung verbessern. Wir können und sollten uns nicht auf die versprochene Gemeindefinanzreform verlassen. Wir müssen selbst die Initiative ergreifen und reagieren.

Die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements - bei der Stadt Beckum geplant für den 01.01.2008 - bietet uns die Chance und Möglichkeit, zeitnah auch ein umfassendes **Konzept zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung** mit **modernen, effizienten und schlanken Verwaltungsstrukturen** zu entwickeln.

Die Kernaufgabe besteht darin, die städtische Leistungserbringung an die auf Dauer niedrigeren Ressourcen anzupassen. Zu diesem Ziel gibt es m.E. keine Alternative, wenn wir als Stadt mittelfristig wieder zu mehr kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit zurückfinden wollen. Auch im Interesse der intergenerativen Gerechtigkeit sollten wir heute mögliche Lösungen nicht auf morgen verschieben. Die Haushaltskonsolidierung erfordert von der Stadt eine außerordentliche Kraftanstrengung, die es verlangt, dieses anspruchsvolle Ziel nicht nur Rat und Verwaltung, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt verständlich zu machen.

Ich schlage deshalb vor, bereits im Frühjahr 2006 eine **Arbeitsgruppe „NKF/Haushaltskonsolidierung/Verwaltungsmodernisierung“**, bestehend aus einem Kernteam von Verwaltungsfachleuten, aus Vertretern der Ratsfraktionen und dem Personalrat ins Leben zu rufen. Diese Arbeitsgruppe sollte sich in der Folgezeit intensiv mit diesem Themenkomplex befassen und zielorientiert rechtzeitig zur Einführung des NKF ein konsensfähiges und zukunftssträchtiges Gesamtkonzept erarbeiten und vorlegen.

Wir sollten dabei in der Arbeitsgruppe alle Aufgaben und Leistungen auf den Prüfstand stellen und Entscheidungsvorschläge entwickeln, ob wir vor dem Hintergrund der auf Dauer verringerten Ressourcen uns diese Leistung auch zukünftig noch erlauben können oder wollen. Vermutlich werden viele städtische Leis-

tungen und Aufgaben auf ein wirtschaftlich tragfähiges Niveau zurückgeführt werden müssen, um in der Lage zu sein, auch in der Zukunft kommunale Mindeststandards zu erhalten und den Menschen in Beckum spätere auch unsoziale Konsequenzen zu ersparen.

Trotz oder gerade wegen der knappen Finanzen sowie in Anbetracht der demografischen Veränderungen sollten wir uns nach Kräften bemühen, die Entwicklung der Stadt Beckum zeitgemäß und mit Blick in die Zukunft voranzubringen. Hierzu gilt es, verschiedene Visionen und Projekte in die Tat umzusetzen, wie etwa die:

- Weitere Förderung und Ausbau eines bedarfsorientierten und flächendeckenden Betreuungsangebotes für Kinder und Jugendliche  
Für diese sozialpolitisch wichtige Aufgabe benötigen wir von Bund und Land eine ausreichend solide und dauerhafte Finanzierungsplattform
- Förderung und Schaffung bedarfsorientierter Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten für ältere Menschen und für Menschen mit Behinderungen  
Wir reagieren in Beckum bereits heute auf den demografischen Wandel und haben deshalb mit dazu beigetragen, dass verschiedene Wohn- und Betreuungsprojekte zeitnah umgesetzt werden, um damit älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen - soweit sie der Betreuung in einer Einrichtung bedürfen - mit angemessenem Wohnraum zu versorgen.

## **Schluss**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich glaube, dass wir uns in Beckum die Fähigkeit bewahrt haben, in schwieriger Lage beherzt und entschlossen anzupacken, um neue Ziele für eine gute Zukunft anzusteuern. Ich bleibe optimistisch!

Weitere Einzelheiten zum Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2006 und des Investitions- und Finanzplanes 2005 bis 2009 wird Ihnen jetzt der stellv. Kämmerer, Herr Klaes, vorstellen und erläutern.

Ich bedanke mich jedenfalls bei allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere aus der Kämmerei, die dazu beigetragen haben, Ihnen heute einen ausgeglichenen Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2006 vorlegen zu können und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.